

ZWANGSMIGRATION UND ZIVILISATION IM STALINISMUS

Die Westukraine nach 1944/45

Die Zwangsmigrationen in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg berührten alle Gebiete, die von der Roten Armee im Laufe des Krieges besetzt worden waren. In ihrer Zeit waren sie der größte Vorgang dieser Art, obwohl sie nicht die einzigen staatlich forcierten Bevölkerungsbewegungen dieses Ausmaßes in der europäischen Geschichte darstellen – die Bevölkerungsverschiebungen in Südosteuropa am Ende der osmanischen Herrschaft waren ebenfalls höchst einschneidend.¹

Naturgemäß lag in der bisherigen historischen Forschung ein Schwerpunkt auf der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa – nicht nur, weil die Vertriebenen ein Interesse daran hatten, sondern auch, weil einzig in der Bundesrepublik Deutschland eine freie Herangehensweise an die Thematik möglich war, während in den sozialistischen Ländern die Geschichtsschreibung grundsätzlich der ideologischen Reglementierung unterlag und daher insbesondere Themen, die dem Selbstverständnis des Regimes zuwider liefen, tabuisiert waren. Die staatlich organisierte Migration von Tschechen und Slowaken in die Tschechoslowakei und die Abschiebung von Ungarn aus der Südslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg traten deshalb erst vor einigen Jahren in das Licht der Forschung. Auch den Vertreibungs- und Migrationsaktionen, die in den neuen Gebieten der westlichen Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg durchgeführt wurden, kommt erst seit dem Ende des Kommunismus breitere wissenschaftliche Beachtung zu.

In Bezug auf die Ukrainische Sowjetrepublik, wo in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg eine Reihe von mehrschichtigen Zwangsmigrationen stattfand, ist festzuhalten, dass diese, verglichen mit anderen Themen der ukrainischen Nach-

¹ Zusammenfassend zu den gewaltsamen Bevölkerungsverschiebungen in der europäischen Geschichte: *Bade*, Klaus J. (Hg.): *Migration, Ethnizität, Konflikt. Systemfragen und Fallstudien*. Osnabrück 1996. – *Schultz*, Helga (Hg.): *Bevölkerungstransfer und Systemwandel. Ostmitteleuropäische Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg*. Berlin 1999. – *Rieber*, Alfred J.: *Repressive Population Transfers in Central, Eastern and South-Eastern Europe: A Historical Overview*. In: *Ders.* (Hg.): *Forced Migration in Central and Eastern Europe, 1939-1950*. London 2000, 1-27. – *Bade*, Klaus J.: *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München 2002. – *Ther*, Philipp/*Siljak*, Ana (Hgg.): *Redrawing Nations. Ethnic Cleansing in East-Central Europe, 1944-1948*. Lanham, MD 2001. – *Bingen*, Dieter/*Borodziej*, Włodzimierz/*Troebst*, Stefan (Hgg.): *Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen*. Wiesbaden 2003 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts 18). – *Naimark*, Norman M.: *Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert*. München 2004.

kriegszeit – etwa den damaligen sozialen und kulturellen Gegebenheiten – relativ gut erforscht sind. Allerdings konzentrieren sich auch die meisten ukrainischen Studien in perspektivischer Verengung auf einen speziellen Vorgang und schildern diesen nur in seinem unmittelbaren Ablauf, ohne die langfristigen Folgen zu beleuchten. Dabei steht vor allem der polnisch-ukrainische Bevölkerungsaustausch im Vordergrund, während die Abschiebung der jüdischen Bevölkerung, der Rumänen sowie der Tschechen und Slowaken kaum bekannt ist.²

Das Ziel der vorliegenden Ausführungen ist es, eine Zusammenschau der wichtigsten Zwangsmigrationen in der Westukraine – also in Galizien, der Nordbukowina, im südlichen Bessarabien sowie in der Karpato-Ukraine – nach dem Zweiten Weltkrieg zu liefern. Dabei wird eine sehr breite Definition von staatlich angeordneten und zwangsweise durchgeführten Bevölkerungsbewegungen zugrunde gelegt: Sie reicht von Bevölkerungsabschiebung, Fluchtbewegungen und Deportationen bis hin zu Zwangsmobilisierung bzw. zu administrativer Abordnung. Anders als bei Deportationen kam es bei Abordnungen zwar nicht zur Anwendung von Gewalt, doch waren sie im Stalinismus für die Mehrheit der Betroffenen keine freiwillige Angelegenheit, sondern wurden von der Partei bzw. von Parteifunktionären veranlasst und waren zu befolgen. Die politische Bedeutung dieser administrativen Bevölkerungsverschiebungen war groß, zudem bekamen sie in der Westukraine durch die zuziehende russische und russischsprachige Bevölkerung eine ethnische Komponente. Um die gesamte gesellschaftliche Neuordnung in Folge des Zweiten Weltkrieges zu analysieren, sind die Versetzungen durch Partei und Verwaltung daher ebenfalls mit einzubeziehen.

Bei den Zwangsmigrationen wird im Folgenden unterschieden zwischen grenzüberschreitenden Migrationen und Binnenmigrationen innerhalb der Sowjetunion. Ukrainer waren in beiden Fällen betroffen, während die nicht-ukrainischen Bevölkerungsteile – Polen, Tschechen, Slowaken, Juden – in das benachbarte Ausland abgeschoben wurden. Nach einleitenden Bemerkungen über Zwangsmigrationen unter der Herrschaft Stalins allgemein werden für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die wichtigsten Migrationsvorgänge und die spezifischen Folgen, die sich aus ihnen ergaben, vorgestellt. Am Schluss steht die zusammenfassende Gesamtcharakterisierung und Wertung dieser Ereignisse, die einerseits eine Konsequenz des Zweiten Weltkrieges darstellten, andererseits aber als Mittel der Politik unter Stalin bereits zuvor angewandt worden waren. Ihr Ziel lag darin, eine Form von Zivilisation im Stalinschen Sinn herbeizuführen, die geprägt wurde durch eine zentralistische Verwaltung, eine homogene und kontrollierte Gesellschaft mit eingeschränkter

² Vgl. aber die Arbeiten von *Vanat*, Ivan: *Volyn's'ka akcijska. Obmin naselennjam miž Čechoslovačyňnoju i Radžans'kym Sojuzom navesni 1947 roku* [Die Aktion Wolhynien. Der Austausch von Bevölkerungen zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion im Frühjahr 1947]. Prja'iv 2001. – *Vaculík*, Jaroslav: *Poválečná reemigrace a usídlování zahraničních krajanů* [Die Nachkriegs-Remigration und die Besiedlung der Grenzgebiete]. Brno 2002. – Eine ausführliche Diskussion der politischen Situation in der Nachkriegsukraine wird in meiner Habilitationsarbeit vorgenommen: *Boeckh*, Katrin: *Stalinismus in der Ukraine: Die Rekonstruktion des sowjetischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg*. Wiesbaden 2007 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München 71).

Bewegungsfreiheit, einen Überwachungs- und Bestrafungsapparat, eine loyale Funktionärsschicht sowie durch Kommandowirtschaft. Potenziellen Gegnern und Oppositionellen sollte durch die Abschiebung unter mehr oder weniger legalistischen Begründungen die Möglichkeit genommen werden, eine direkte Konfrontation mit dem Regime aufzunehmen.

*Zwangsmigrationen als Grundlage für die Konstruktion
der stalinistischen Gesellschaft*

Forcierte Bevölkerungsbewegungen gehörten zu den Instrumenten des stalinistischen Terrorapparats. Besonders in den Grenzregionen der Sowjetunion kam es regelmäßig zur Umsiedlung von Völkern, die als nicht loyal betrachtet wurden: 1936 wurden Polen aus den ukrainischen Gebieten an der Grenze deportiert, 1937 Koreaner im Fernen Osten an die Grenze nach Mittelasien, aber auch Kurden aus Aserbaidschan und Armenien nach Kasachstan, 1938 wurden Iraner aus dem Grenzgebiet zum Iran nach Zentralasien verschleppt.³ Während des Zweiten Weltkrieges wurden bereits die Möglichkeit und der Verdacht der Kollaboration mit der NS-Besatzung einer Reihe von Völkern zum Verhängnis: Die „Autonome Republik der Wolgadeutschen“ wurde 1941 aufgelöst und ihre deutschen Bewohner nach Kasachstan deportiert. 1943/1944 folgten Krimtataren und die im Kaukasus lebenden Völker der Karatschaier, Balkaren, Tschetschenen, Inguschen, Kalmyken und Mescheren, die nach Zentralasien verbracht wurden. Ebenfalls 1944 wurden Bulgaren, Griechen und Armenier aus der Krim sowie Kurden aus dem Kaukasus exiliert.⁴ Über drei Millionen Menschen verloren allein in den Kriegsjahren ihre Heimat.⁵

Die Motivation für diese Aktionen bestand darin, die Grenzregionen, in denen diese Völker siedelten, von als illoyal bezeichneten Bevölkerungsgruppen ethnisch zu säubern und damit abzusichern.⁶ Alle diese „nationalen Operationen“ wurden damit begründet, dass den betreffenden Gruppen eine Kollektivschuld unterstellt oder sie als Gefahrenpotenzial bezeichnet wurden, individuelle Vergehen wurden kaum verfolgt. Der Abtransport aus der Heimat erfolgte in großer Geschwindigkeit, die Betroffenen hatten kaum die Möglichkeit, das Nötigste zu packen. In Viehwaggons wurden sie dann in ihre Ansiedlungsgebiete verfrachtet. Dass nicht alle

³ Baberowski, Jörg: Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus. München 2003, 200.

⁴ Die Vorgänge der Deportationen sowjetischer Völker unter Stalin werden durch neues Archivmaterial genauer beschrieben; vgl. insbesondere die Darstellungen von Bugaj, Nikolaj F.: K voprosu o deportacii narodov SSSR v 30–40-ch godach [Zur Frage der Deportation der Völker der UdSSR in den 30er bis 40er Jahren]. In: Istorija SSSR [Geschichte der UdSSR] 6 (1989) 135–144. – Die klassische Arbeit über die Aussiedlung sowjetischer Völker ist: Nekrich, Aleksandr M.: The Punished People. The Deportation and Fate of Soviet Minorities at the End of the Second World War. New York 1978. – Eine Zusammenstellung der Deportationen sowjetischer Minderheiten bei Pohl, Otto J.: Ethnic Cleansing in the USSR, 1937–1949. Westport, CT, London 1999. – Vgl. außerdem Marie, Jean-Jacques: Les peuples déportés d'Union Soviétique. Paris 1995.

⁵ Baberowski: Der rote Terror 237 (vgl. Anm. 3).

⁶ So auch die Argumentation von Martin, Terry: The Origins of Soviet Ethnic Cleansing. In: The Journal of Modern History 70 (1998) H. 4, 813–861, hier 820, 829 f.

die Strapazen überlebten, wurde bewusst in Kauf genommen. Bereits auf der Fahrt kamen viele um, ein großer Teil der Ankömmlinge ging dann an den unwirtlichen Bedingungen ihrer neuen Siedlungsgebiete zugrunde, wo sie buchstäblich aus dem Nichts Behausungen errichten mussten. Als „Sondersiedler“ hatten die Überlebenden in Kasachstan und Sibirien in abgetrennten Lagern unter strenger Kontrolle des „Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten“ (Narodnyj komissariat vnutrennich del, NKVD) Zwangsarbeit für das Regime zu leisten.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Vertreibungen als Maßnahme zur sowjetischen Grenzsicherung eingesetzt, wobei zugleich die Arbeitskraft der Betroffenen ausgenutzt wurde. „Staatsfeinde“ und vor allem Angehörige nationaler Widerstandsgruppen wurden aus den neu inkorporierten Gebieten – Baltikum, Westukraine, Bessarabien – exiliert. Allein 1953 betrug die Zahl der zu großen Teilen aus ethnischen Kontingenten bestehenden „Sondersiedler“ insgesamt 2753356 Personen.⁷

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Sowjetunion nicht nur ihr Staatsterritorium im Westen vergrößert, sondern weitete hier auch ihren indirekten Einfluss aus, indem sie in Ostmittel- und Südosteuropa einen Satellitengürtel aus abhängigen Staaten errichtete. Die Vertreibungsaktionen wurden zwischen den lokalen aufstrebenden Kommunisten und dem Regime in Moskau abgestimmt. Ohne die ausdrückliche Erlaubnis Moskaus wären solche Aktionen nicht möglich gewesen.⁸ Dabei erfolgten die Vertreibungen nicht nur in Richtung Westen, denn im Dezember 1944 gab Stalin die Anweisung, alle arbeitsfähigen deutschen Männer im Alter von 17 bis 45 Jahren und Frauen zwischen 18 und 30 Jahren, die sich in den von der Roten Armee befreiten Gebieten Rumäniens, Jugoslawiens, Ungarns, Bulgariens und der Tschechoslowakei aufhielten, zu mobilisieren und für den Arbeitseinsatz in der UdSSR zu internieren.⁹ Vom 25. Dezember 1944 bis zum 31. Januar 1945 wurden 112480 Deutsche aus diesen Gebieten zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert.¹⁰

⁷ Zahl nach: Zemskov, Viktor N.: Zaključennye, specposelency, ssyl' nopolency, ssylnye i vyslannye (Statistiko-geografičeskij aspekt) [Gefangene, Spezialsiedler, Zwangsansiedler, Verbannte und Aussiedler (Der statistisch-geografische Aspekt)]. In: Istorija SSSR 5 (1991) 151-165, hier 155.

⁸ Dies ist auch die Ansicht von Piotr Madajczyk bezüglich der Vertreibung der Deutschen aus Polen; vgl. Madajczyk, Piotr: Der Transfer der deutschen Bevölkerung aus dem Oppelner Schlesien nach 1945. In: Brandes, Detlef/Ivaničková, Edita/Pešek, Jiří (Hrsg.): Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938-1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien. Essen 1999, 279-293, hier 280 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 8; Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte im östlichen Europa 15).

⁹ Volokitina, Tatjana V. (Red.): Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944-1953. Bd. 1: 1944-1948. Dokumenty [Der sowjetische Faktor in Osteuropa 1944-1953. Bd. 1: 1944-1948. Dokumente]. Moskva 1999, 116 f.

¹⁰ Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii, Moskva [Staatsarchiv der Russischen Föderation, Moskau, GARF], f. 9401, op. 2, d. 93, l. 26: Gosudarstvennyj Komitet Oborony tovarišču Stalinu I.V. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija) [Staatliches Verteidigungskomitee an Genosse J. V. Stalin [Gez.] Volkskommissar der UdSSR für Innere Angelegenheiten (L. Berija)]. 22. Februar 1945.

*Bevölkerungsbewegungen in der Westukraine nach 1944**Der Bevölkerungsaustausch mit Polen und der Tschechoslowakei*

Für die sowjetische Regierung spielte das ethnische Element vor dem Weltkrieg eine wichtige Rolle bei der Begründung von Annexionen. So wurden die im „Molotov-Ribbentrop-Pakt“ 1939 festgelegten gegenseitigen territorialen Konzessionen mit der Zusammenführung der unter der Fremdherrschaft von Rumänen, Polen, Tschechen bzw. Slowaken lebenden Ukrainer mit ihren „Brüdern“ in der Sowjetukraine gerechtfertigt. Diese Argumentation wurde nach der Anerkennung der sowjetischen Kriegsgewinne durch die Westmächte indirekt aufrechterhalten, und es wurde eine ethnische Homogenisierung der neuen Territorien angestrebt, die in der Vertreibung der Nicht-Ukrainer und Nicht-Russen ihren Ausdruck fand. Am stärksten davon betroffen waren die nationalen Minderheiten der Polen, Slowaken und Tschechen, Rumänen sowie Juden, die nicht auf dem Weg wilder Vertreibungen, sondern durch einen staatlich organisierten Bevölkerungsaustausch, gleichsam in gelenkten Bahnen, des Landes verwiesen wurden.

Die ersten Vertreibungsvorgänge in der Westukraine unter sowjetischer Ägide fanden bereits 1939 statt. Nach der sowjetischen Besetzung Ostpolens bzw. der Westukraine 1939 wurden realistischen Angaben zufolge zwischen 316 000 und 325 000 polnische Staatsangehörige aus den von der Roten Armee besetzten Gebieten in die Sowjetunion deportiert.¹¹ Auch nach der sowjetischen Rückeroberung 1944 blieb das Ziel, die Zahl der in der Westukraine lebenden Polen zu reduzieren, auf der Tagesordnung; erreicht wurde es durch einen Bevölkerungsaustausch mit Polen. Diesmal handelte es sich aber nicht um die Deportierung von Bevölkerungsteilen, sondern um eine umfassende Bevölkerungsverschiebung über die sowjetischen Grenzen hinaus. Diese ging zurück auf einen Vertrag,¹² der am 9. September 1944 zwischen der Regierung der UdSSR – stellvertretend für die Moskauer Regierung – und dem „Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung“ (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego, PKWN), der von der Sowjetunion gestützten provisori-

¹¹ Ciesielski, Stanisław (Hg.): *Przesiedlenie ludności polskiej z kresów wschodnich do Polski 1944-1947* [Die Umsiedlung der polnischen Bevölkerung aus den Ostgebieten nach Polen 1944-1947]. Warszawa 1999, 11. – Zu den näheren Umständen der Deportationen vgl. *Parasadanova, Valentina S.*: *Deportacija naselenija iz Zapadnoj Ukrainy i Zapadnoj Belorussii v 1939-1941 gg.* [Die Deportation der Bevölkerung aus der Westukraine und aus West-Weißrussland 1939-1941]. In: *Novaja i Novejšaja istorija* 2 (1989) 26-44.

¹² Text in: *Misilo, Eugeniusz* (Hg.): *Repatriacja czy deportacja. Przesiedlenie Ukraińców z Polski do ZSRR 1944-1946. Tom 1: Dokumenty 1944-1945* [Repatriierung oder Deportation. Die Übersiedlung von Ukrainern aus Polen in die UdSSR 1944-1946. Bd. 1: Dokumente 1944-1945]. Warszawa 1996, 30-38. – Zu den polnisch-ukrainischen Bevölkerungsverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. *Bonusiak, Włodzimierz* (Hg.): *Polska i Ukraina po II wojnie światowej* [Polen und die Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg]. Rzeszów 1998. – Sowie die Dokumentenbände: *Pol'sčja ta Ukraïna u trydcatyich-sorokovyh rokach XX stolittja. Nevidomi dokumenty z archiviv special'nych služb. Tom 2: Pereselennja poljakiv ta ukraïnciv, 1944-1946* [Polen und die Ukraine in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Unbekannte Dokumente aus den Archiven der Spezialdienste. Bd. 2: Die Übersiedlung der Polen und Ukrainer, 1944-1946]. Hg. vom Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i Administracji RP/Archiv des Ministe-

schen polnischen Regierung, unterzeichnet worden war. Der Hintergrund für dieses Abkommen war die Absicht Moskaus, mit der dekretierten Migration die Sicherung der neuen Gebiete im Westen zu gewährleisten. Der polnischen Irredenta auf sowjetukrainischem Gebiet, die sich in einer Untergrundbewegung manifestierte, sollte der Boden entzogen werden. Die Unterdrückung dieser Guerilla, gegen welche die Sowjetunion entschlossen vorging, führte dazu, dass die polnische Zwangsmigration als „Evakuierung“ bezeichnet wurde. Dies drückte die sowjetische Sicht aus, derzufolge es darum ging, die polnische Bevölkerung vor den ukrainischen Aufständischen in der Westukraine „in Sicherheit“ zu bringen.¹³

Laut dem polnisch-sowjetischen Vertrag sollten ethnische Ukrainer aus Ostpolen in die Sowjetukraine und umgekehrt ethnische Polen bzw. Bürger polnischer Staatsangehörigkeit aus den Westgebieten der Ukraine nach Polen verbracht werden. Betroffen waren alle Einwohner ukrainischer, weißrussischer, russischer und – gesondert aufgeführt – rusynischer Nationalität, die in Polen lebten, sowie Polen und Juden in der Westukraine, die bis zum 17. September 1939 die polnische Staatsbürgerschaft besessen hatten. Dass überhaupt eine vertragliche Vereinbarung die Grundlage für die de facto Vertreibungsvorgänge bildete, ist Ausdruck des Verlangens, die „Legitimität“ des Prozesses zu demonstrieren und eine rechtliche Ordnung vorzuspiegeln, die es aber nicht gab, weil die Betroffenen auch durch den Einsatz von Truppen des Innenministeriums zur Emigration gezwungen wurden.

Zum Oktober 1946, mit dem der Bevölkerungstransfer aber noch nicht vollständig beendet war, wurden in Polen insgesamt 482 108 Übersiedler und auf ukrainischem Gebiet 789 982 Übersiedler registriert, die in das jeweils andere Land emigrierten.¹⁴ Zwischen 1944 und 1947 kamen insgesamt 497 682 Personen aus Polen in die Ukrainische Sowjetrepublik. Davon waren die meisten ukrainischer Nationalität (439 135); es befanden sich aber auch 23 846 Russen und 18 759 Rusynen sowie 126 Weißrussen und 243 Angehörige anderer Nationalitäten unter ihnen. Die Mehrheit der Übersiedler stand im arbeitsfähigen Alter (129 586 Männer und 168 887 Frauen zwischen 14 und 56 Jahren). Somit durften die sowjetischen Behörden für die zu errichtenden Großbetriebe und Kolchosen mit Arbeitskräften rechnen, wenngleich diese die Anzahl der evakuierten Polen nicht ausgleichen konnten. Um die Bilanz zu verbessern, wurden nach dem Krieg etwa 100 000 Polen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert, darunter Menschen aus den abgetretenen polnischen Ostgebieten, Angehörige der „Heimatarmee“ (Armia Krajowa, AK) und Zivilisten, die vom NKVD verhaftet worden waren.

riums des Inneren und der Verwaltung der Republik Polen. Varšava, Kyiv 2000. – *Slyvka*, Jurij Ju.: Deportacii Zachidni zemli Ukraïny kincja 30-ch-počatku 50-ch rr. Dokumenty, materialy, spohady. U tr'och tomach. Tom 2: 1946-1947 rr. [Deportationen. Die westlichen Gebiete der Ukraine Ende der 30er bis Anfang der 50er Jahre. Dokumente, Materialien, Erinnerungen. In drei Bänden. Bd. 2: 1946-1947]. L'viv 1998.

¹³ *Tkačov*, Serhij: Pol's'ko-ukraïns'kyj transfer naselennja 1944-1946 rr. Vyselennja poljakiv z Ternopilja [Der polnisch-ukrainische Bevölkerungstransfer 1944-1946. Die Aussiedlung der Polen aus der Region Ternopil']. Ternopil' 1997, 34.

¹⁴ GARF f. r-9401, op. 2, d. 139, l. 296-303: *Tovarišču Stalinu I. V. [.] Tovarišču Voznesenskemu N. A. [.] Tovarišču Berija L. P. [.] Tovarišču Ždanovu A. A. [Gez.] Ministr Vnutrennich Del SSSR (Kruglov)*. 31. Oktober 1946.

Die Rückkehr vieler deportierter Polen in ihre Heimat zog sich weit in das nächste Jahrzehnt hinein. Erst in einer neuerlichen Repatriierungsaktion 1955-1959 wurde eine Viertel Million Polen, die sich als Deportierte des Jahres 1941, als Rotarmisten oder als Häftlinge noch in der Sowjetunion befanden, zurück nach Polen entlassen.¹⁵

Nach dem polnischen Vorbild wurde der Bevölkerungsaustausch mit der Tschechoslowakei umgesetzt. Auch dieser ging auf einen Vertrag zurück, der am 10. Juli 1946 mit der tschechoslowakischen Regierung abgeschlossen worden war und der insbesondere die Bewohner der neuen sowjetukrainischen Gebiete betraf. Tschechische und slowakische Volksangehörige auf dem Territorium des ehemaligen Gouvernements Wolhynien und in der Karpato-Ukraine, aber auch in anderen Gebieten sollten ebenso für eine tschechoslowakische Staatsangehörigkeit optieren können wie noch auf tschechoslowakischem Territorium lebende Ukrainer, Weißrussen und Russen für eine sowjetische (ursprünglich befanden sich auch die Rusynen im Vertragsentwurf).¹⁶ Dieser Bevölkerungsaustausch war bereits im sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag vom 29. Juni 1945 über die Abtretung der Karpato-Ukraine an die Sowjetunion vorgesehen gewesen.¹⁷

Insgesamt wies der Bevölkerungsaustausch mit der Tschechoslowakei einen anderen Charakter als jener mit Polen auf, denn die vor allem in Wolhynien lebende tschechische Minderheit war an der Übersiedlung interessiert und folgte dem Aufruf der tschechoslowakischen Regierung an die Auslandstschechen in Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Polen und Österreich zur Rückkehr nicht unwillig. In der Karpato-Ukraine meldete sich sogar eine sehr große Zahl an Übersiedlungswilligen. Die politische Brisanz dieser organisierten Migration wurde niedrig angesetzt, was an dem Gremium deutlich wird, das für die praktische Durchführung verantwortlich zeichnete: eine gemischte tschechoslowakisch-sowjetische Kommission mit drei Mitgliedern auf jeder Seite und ständigem Sitz in Moskau, unterstützt durch bis zu zehn Bevollmächtigte auf beiden Seiten auf Rayonebene, deren Hauptrepräsentanten in Prag bzw. in L'w'k angesiedelt waren. In absoluten Zahlen waren an

¹⁵ Vgl. *Ruchniewicz*, Małgorzata: Tzw. repatriacja ludności polskiej z ZSRR w latach 1955-1959 [Die so genannte Repatriierung der polnischen Bevölkerung aus der UdSSR 1955-1959]. In: *Dzieje najnowsze* 31 (1999) H. 2, 171-177. – *Ciesielski*, Stanisław/*Hryciuk*, Grzegorz/*Srebrakowski*, Aleksander: Masowe deportacje radzieckie w okresie II wojny światowej [Die sowjetischen Massendeportationen in der Zeit des Zweiten Weltkrieges]. 2., erg. Aufl., Wrocław 1994.

¹⁶ Abdruck in: *Vaculík*, Jaroslav: Reemigrace a usídlování volyňských Čechů v letech 1945-1948 [Die Remigration und Aussiedlung der Wolhynien-Tschechen 1945-1948]. Brno 1984, 183-187. – Sowie in: *Vanat*: Volyns'ka akcija 135-141 (vgl. Anm. 2).

¹⁷ Vgl. Artikel 2 des zum sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag gehörenden Protokolls vom 29. Juni 1945 in: *Sbornik dejstvujuschich dogovorov, soglašenij i konvencij, zaključennych SSSR s inostrannymi gosudarstvami*. Vyp. 11: Dejstvujuschie dogovory, soglašenija i konvencii, vstupivšie v silu meždu 22 ijunja 1941 goda i 2 sentjabrja 1945 goda [Sammelband der gültigen Verträge, Vereinbarungen und Konventionen, die von der UdSSR mit ausländischen Staaten geschlossen wurden. Ausg. 11: Gültige Verträge, Vereinbarungen und Konventionen, die zwischen dem 22. Juni 1941 und dem 2. September 1945 in Kraft getreten sind]. Moskva 1955, 31-34, hier 33. – Auch zu finden bei: *Vanat*: Volyns'ka akcija 132 f. (vgl. Anm. 2).

diesem Austausch deutlich weniger Übersiedler als beim Bevölkerungsaustausch mit Polen beteiligt: 1947 wurden auf dem Gebiet der ukrainischen Sowjetrepublik 33 651 Personen für die Aussiedlung in die Tschechoslowakei registriert, von denen 14 896 die Ausreise antraten.¹⁸ Die Gegenbewegung war wesentlich schwächer: Aus der Tschechoslowakei kamen 4 671 ukrainische und russische Volksangehörige in die Ukraine.

Im Juli 1947 wurde die Aktion für beendet erklärt. Dem Abschlussbericht zufolge waren von 34 122 zuvor in der ukrainischen Sowjetrepublik lebenden Tschechen und Slowaken 33 077 in die Tschechoslowakei übergesiedelt.¹⁹ Die meisten von ihnen stammten aus dem Gebiet Rivne (19 476); aus Volyn' kamen 7 695, aus Žytomyr 4 328 und 1 578 aus Kam'janec'-Podil's'kyj. Die Anzahl der in der Ukraine ankommenden Einwanderer aus der Tschechoslowakei belief sich schließlich auf 11 672 ukrainische und russische Volksangehörige. 8 360 von ihnen wurden im Gebiet Rivne, 3 312 im Gebiet Volyn' angesiedelt.

Die Bilanz dieser Aktion war auf kurze wie lange Sicht für die Sowjetunion nicht positiv. Insgesamt verlor sie mehr Personen und damit Arbeitskräfte, als sie erhielt. Außerdem stieg in der Folge das Unruhepotenzial unter den Zuwanderern. Bei ihnen handelte es sich überwiegend um besitzlose Familien, die sich eine Verbesserung ihres Lebensstandards erhofft hatten. Nun aber wurden sie angesichts unzureichender Wohnbedingungen (viele Häuser wurden mehrfach belegt), angesichts der genossenschaftlich ausgerichteten Arbeit in den Kolchosen, angesichts der Ablehnung der lokalen Bevölkerung, angesichts der allgemeinen Notlage während der Hungersnot 1946/1947 und angesichts der militärischen Konflikte mit der „Ukrainischen Aufstandsarmee“ (Ukrains'ka Povstans'ka Armija, UPA) in ihren neuen Siedlungsgebieten bitter enttäuscht. Der Wunsch vieler von ihnen, wieder in die Tschechoslowakei zurückzukehren, wurde von den sowjetischen Behörden jahrzehntelang abgewiesen; Reoptanten wurden wegen „antisowjetischer Tätigkeit“ verhaftet.²⁰

Die Abschiebung von Juden nach Rumänien

Die Migrationsbewegungen der jüdischen Bevölkerung nach 1944 passen sich nicht in das Schema der Bevölkerungstransfers mit Polen und der Tschechoslowakei ein.

¹⁸ GARF f. r-9401, op. 2, d. 168, l. 497-498: Tovarišču Stalinu I. V. [,] Tovarišču Molotovu V. M. [,] Tovarišču Berija L. P. [,] Tovarišču Ždanovu A. A. [Gez.] Ministr Vnutrennych Del SSSR Kruglov. 22. März 1947.

¹⁹ GARF f. r-9401, op. 2, d. 170, l. 130-131: Tovarišču Stalinu I. V. [,] Tovarišču Molotovu V. M. [,] Tovarišču Berija L. P. [Gez.] Ministr Vnutrennych Del SSSR (Kruglov). 1. Juli 1947. – Eine weitere Aufgliederung dieser Zahlen bei Vaculík: Reemigrace a usídlování volynských Čechů 199 f. – Šapoval, Jurij I.: Moros pered „vidlyhoju“ [Die Kälte vor dem „Tauwetter“]. In: Smolij, Valerij A.: Istorija Ukraïny: nove bačennja. Tom 2 [Geschichte der Ukraine: eine neue Sichtweise. Band 2]. Kyïv 1996, 329-362, hier 342, gibt eine Gesamtzahl von rund 40 000 Tschechen und Slowaken an, die aus der Ukraine in die Tschechoslowakei abwanderten.

²⁰ Vanat: Volyn's'ka akcija 198 (vgl. Anm. 2). Erst nach dem Ende der sozialistischen Herrschaft durften Reoptanten in die Slowakei zurückkehren. Zwischen 1993 und 1998 belief sich ihre Anzahl auf 1 194 Personen; vgl. ebenda 119. – Dazu auch: Kruško, Štefan/Pop, Ivan: Optanty. In: Magocsi, Paul Robert/Pop, Ivan (Hgg.): Encyclopedia of Rusyn History and Culture. Toronto, Buffalo, London 2002, 344-346.

Bei ihnen handelt es sich um verschiedene, parallel verlaufende Migrationsprozesse, die sich auch deshalb anders als die übrigen abspielten, weil sie in Zusammenhang mit den Folgen der Shoah standen. Ein Teil der überlebenden jüdischen Bevölkerung der Westukraine verließ das Land nämlich freiwillig, um an anderer Stelle ein neues Leben aufzubauen. Zum einen nutzten die sowjetischen Juden die Möglichkeit zum Umzug in die autonome jüdische Sowjetrepublik Birobidžan, deren Gesamtbevölkerung in der Nachkriegszeit von rund 10000 Juden auf 30000 im Jahr 1948 wuchs. Zum anderen bestand für sie eine legale Möglichkeit, die Sowjetunion zu verlassen. Wenn sie nämlich vor 1939 die polnische oder vor 1940 die rumänische Staatsbürgerschaft besessen hatten, dann galten für sie die Bestimmungen des Bevölkerungsaustausches mit Polen bzw. konnten sie nach Rumänien ausreisen.²¹

Nach Polen gelangten bis Ende der 1940er Jahre rund 230700 jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion.²² Immerhin rund 87 000 von ihnen wurden in der ersten Jahreshälfte 1946 in Niederschlesien in Polen angesiedelt, und zwar in den Häusern vertriebener Deutscher.²³ Für die meisten von ihnen war Polen aber nur eine Durchgangsstation auf der Weiterreise nach Palästina oder nach Amerika.

Rumänien wurde der Zufluchtsort für viele Juden, deren Lebensmittelpunkt bislang in der Nordbukowina gelegen hatte. Diese wurde erst 1940 bzw. 1944 in den sowjetischen Herrschaftsbereich einbezogen. Die Initiative zur Emigration kam von der jüdischen Seite selbst. Als sich hier rund 5000 jüdische Familien meldeten, um die Behörden um die Zustimmung zur Ausreise zu bitten, gelangte dieses Ansinnen vor den sowjetischen Ministerrat. Dieser beschloss im August 1945, den Angehörigen der jüdischen Nationalität des Gebiets Černivci (Czernowitz), die bis zur Angliederung der Nordbukowina am 28. Juni 1940 die rumänische Staatsbürgerschaft besessen hatten, die Ausreise nach Rumänien zu gestatten, ohne dass ein offizieller Vertrag mit Rumänien geschlossen worden war. Insgesamt nutzte das Regime in Moskau die Nachkriegszeit, um einen Teil der traditionell in der Nordbukowina siedelnden Juden, die wegen ihrer beruflichen Tätigkeit insbesondere im Handel für die Sowjetwirtschaft ohnehin uninteressant waren, unter angeblicher Berücksichtigung der nationalen Zugehörigkeit ins nahe Ausland abzuschieben. Schließlich meldeten sich 17503 ausreisewillige Juden, von denen 16261 emigrierten. Zu den Juden kamen noch Angehörige weiterer Nationalitäten, und so wurden alles in allem 22307 Personen registriert, die „den rumänischen Behörden übergeben wurden“. In der Mehrheit waren es Frauen (10072), 7133 waren Männer, 5102 Kinder. Dass die

²¹ Zur Organisation der Auswanderung sowjetischer Juden über Polen nach Palästina in Verbindung mit dem sowjetisch-polnischen Bevölkerungsaustausch vgl. *Shlomi*, Hanna: The 'Jewish Organizing Committee' in Moscow, and the 'Jewish Central Committee' in Warsaw, June 1945 – February 1946: Tackling Repatriation. In: *Davies, Norman / Polonsky, Antony* (Hgg.): *Jews in Eastern Poland and the USSR 1939–46*. Basingstoke u. a. 1991, 240–254.

²² *Litvak*, Yosef: Polish-Jewish Refugees Repatriated from the Soviet Union at the End of the Second World War and Afterwards. In: *Davies / Polonsky* (Hgg.): *Jews in Eastern Poland and the USSR* 227–239, hier 233 (vgl. Anm. 21).

²³ *Shlomi*, Hanna: The Reception and Settlement of Jewish Repatriants from the Soviet Union in Lower Silesia, 1946. In: *GAL-ED*. On the History of the Jews in Poland 17 (2000) 85–104, hier 85. – Vgl. auch: *Litvak*: Polish-Jewish Refugees 236 (vgl. Anm. 22).

stalinistische Regierung den Juden die Erlaubnis zur Ausreise gab, war eine Ausnahme in der Nachkriegszeit, da spätere Versuche von Juden, eine offizielle Ausreisegenehmigung zu erhalten, durchweg abgelehnt wurden. Erst ab den 1970er Jahren wurde diese Praxis aufgeweicht.

1044 Ausreiseberechtigte sahen schließlich von einer Übersiedlung ab und nahmen die sowjetische Staatsbürgerschaft an. Dass die Sowjetregierung mittlerweile zu der Auffassung gelangt war, die Nordbukowina sei von den Juden völlig zu räumen, zeigt ihr weiteres Vorgehen, denn die im Land verbliebene jüdische Bevölkerung wurde nach Sibirien deportiert.²⁴ Daneben wurden in der Nordbukowina ansässige Rumänen ebenfalls ins Exil geschickt: Zwischen 1944 und 1960 wurden 500 000 in das Landesinnere der Sowjetunion deportiert; allein 1947 waren es 25 000 Rumänen aus Izmail (Ismail) und Bilhorod-Dnistrovs'kyi (Cetatea Albă) sowie aus Chişinău.

Die legalen Ausreisemöglichkeiten waren nur für Juden vorgesehen, die in den neuen sowjetischen Gebieten lebten. Dennoch gelang es auch Juden aus dem Vorkriegsgebiet der UdSSR, das Land heimlich zu verlassen. Dabei spielte die Westukraine eine wichtige Rolle, weil sich hier ein Netz jüdischer Organisationen befand, das Kontakte ins Ausland unterhielt und Juden Fluchthilfe bot. Das Zentrum der jüdischen Fluchthilfe war L'viv (Lwów, Lemberg), wo eine illegale Koordinationsstelle für den Transit nach und aus Polen aufgebaut worden war. Auf polnischer Seite bildete Łódź den Mittelpunkt der aktiven jüdischen Organisationen. Gegen diese als „zionistische Untergrundorganisationen“ bezeichneten Verbindungen gingen die sowjetischen Behörden rigoros vor und verhafteten Kuriere, Helfershelfer und Fliehende.

Insgesamt entledigte sich die Sowjetunion durch die forcierten Bevölkerungsbewegungen nach Polen, in die Tschechoslowakei und nach Rumänien eines Teils der Bevölkerung in der Westukraine, von dem sie mangelnde politische Loyalität befürchtete und der deshalb als Gefahrenmoment präventiv liquidiert werden müsse, zumal es um die Sicherung der westlichen Grenze ging. Dennoch unterschieden sich die in der Nachkriegszeit unternommenen Aktionen zur Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen wesentlich von jenen der „ethnischen Aktionen“ der 1930er Jahre, in denen ganze Völker, wie die Kaukasusvölker, entwurzelt und deportiert worden waren. Während sich diese Vorgänge auf alle Angehörigen bestimmter Völker bezogen hatten, die in ihrer Gesamtheit der völligen Vernichtung anheimgefallen waren, wiesen die ethnischen Verschiebungen der Nachkriegszeit keinen umfassenden Charakter auf. Mehrere Tausend Angehörige der zur Aussiedlung gezwungenen Völker blieben zurück. Zudem zog sich die Durchführung über mehrere Jahre hin; die „ethnischen Aktionen“ indessen waren innerhalb weniger Tage beendet und die Betroffenen in unwirtliche und entlegene Gegenden der UdSSR verbracht worden, wo sie ihrem Schicksal überlassen worden waren. Gemeinsam war in den 1930er und 1940er Jahren der Umstand, dass die Umsiedlungsaktionen unter NKVD-Kontrolle standen und zu einem Teil von diesem organisiert wurden. Grundsätzlich aber war der Zwangscharakter der Migrationen in den 1940er Jahren

²⁴ Vgl. *Melamed, Ilija*: Geblieben ist der Antisemitismus. Jüdische Emigranten berichten über Erfahrungen in der Sowjetunion. In: *Glaube in der Zweiten Welt* 4 (2002) 26 f., hier 26.

weniger stark ausgeprägt, und sie waren pragmatisch ausgerichtet. Ein Grund dafür war, dass die in der Nachkriegszeit dringend benötigten Arbeitskräfte nicht vernichtet, sondern den sowjetischen Satellitenstaaten Polen, Tschechoslowakei und Rumänien zur Verfügung gestellt werden sollten. Ferner hatte man in Moskau – jedenfalls in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende – darauf zu achten, dass das außenpolitische Ansehen der Sowjetunion bei den westlichen Ländern nicht durch inhumane Aktionen Schaden nahm.

Dennoch erreichte man das angestrebte Ziel nicht: Von einer Sicherung der neuen Gebiete im Westen der Ukraine konnte nicht die Rede sein. Dafür war die ukrainische Untergrundbewegung verantwortlich, die „Organisation der Ukrainischen Nationalisten/Ukrainische Aufstandsarmee“ (Orhanizacija Ukraïns'kych nacionalistiv/Ukraïns'ka Povstans'ka Armija OUN/UPA), die bis in die 1950er Jahre hinein für einen permanenten Unruhezustand in der Westukraine sorgte.

Die Repatriierung ukrainischer „Ostarbeiter“

Eine weitere große Gruppe von Ukrainern, die sich unmittelbar nach Kriegsende nicht in der Heimat befand, waren die so genannten Ostarbeiter, also jene Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges aus der Ukraine in den Westen deportiert worden waren. Ihre Rückholung (Repatriierung) stellte ebenfalls einen bedeutsamen Vorgang innerhalb der Massenverschiebungen nach 1944 war. Sie gründete sich auf das Abkommen von Jalta vom 11. Februar 1945, in dem sich die Sowjetregierung die Sammlung, Übergabe und den Abtransport aller sowjetischen Staatsbürger in den von den Westmächten verwalteten Besatzungszonen zusichern ließ, die vor dem 3. September 1939 auf sowjetischem Staatsgebiet gewohnt hatten und die nach dem 11. Februar 1945 (dem Tag der Unterzeichnung des Vertrages von Jalta) gefangen genommen worden waren. Die Repatriierung der als „Ostarbeiter“ im Dritten Reich eingesetzten Sowjetbürger stellte die zahlenmäßig größte Massenmigration nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetukraine und in der gesamten Sowjetunion dar.²⁵ Insgesamt wurden bis März 1946 sowjetischen Angaben zufolge zwischen 4,2 und 4,4 Millionen Sowjetbürger repatriert, darunter 1,55 Millionen Kriegsgefangene und 2,65 Millionen Zivilisten. Bis Anfang 1952 waren es rund 4,3 Millionen Angehörige verschiedener sowjetischer Völker, wobei der Anteil der Ukrainer am höchsten war.

²⁵ Grundlegende neue Untersuchungen zu den Deportationen und zur Repatriierung der „Ostarbeiter“ von Poljan, Pavel: *Zertvy dvuch diktatur. Žizn', trud, uniženie i smert' so-vetskich voennoplennych i ostarbajterov na čužbine i na rodine*. 2-e izd., pererab. i dop. [Opfer zweier Diktaturen. Leben, Arbeit, Erniedrigung und Tod der sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeiter im Ausland und in der Heimat. 2. überarbeitete und ergänzte Aufl.] Moskva 2002. – Vgl. auch: Poljan, Pavel M./Zajončkovskaja, Žanna A.: Ostarbeiter in Deutschland und daheim. Ergebnisse einer Fragebogenanalyse. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 4 (1993) 547–561. – Sowie: Zemskov, Viktor N.: K voprosu o repatriacii sovetskich graždan 1944–1951 [Zur Frage der Repatriierung sowjetischer Bürger 1944–1951]. In: *Istorija SSSR* 4 (1990) 26–41. – Sowie ders.: Repatriacija sovetskich graždan i ich dal'nejšaja sud'ba (1944–1956 gg.) [Die Repatriierung sowjetischer Bürger und ihr weiteres Schicksal (1944–1956)]. In: *Sociologičeskie issledovanija* 5 (1995) 3–13.

Der Rücktransport der sowjetischen Staatsangehörigen wurde am 4. Oktober 1944 vom Ministerrat der UdSSR beschlossen. Eine neu gegründete Leitung des Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für die Repatriierung mit Sitz in Moskau wurde mit der Organisation der Rückführung betraut.

Die „Ostarbeiter“ waren während des Zweiten Weltkrieges unter der deutschen Okkupation gewaltsam in den Westen verschleppt worden; nur zu Beginn hatten sich Freiwillige gefunden. Die Repatriierung nach dem Krieg war keineswegs für alle Erfassten eine Zwangsmaßnahme. Besonders weibliche „Ostarbeiter“ gaben in Erinnerungsberichten oftmals an, sie hätten sich gerne und freiwillig auf den lang ersehnten Weg in die Heimat gemacht, um ihre Familien endlich wiederzusehen. Im Unterschied zu ihnen waren männliche „Ostarbeiter“ zurückhaltender in ihrer Vorfreude auf die Heimkehr, da sie eher als die Frauen damit rechnen mussten, als potenzielle Kriegsgefangene wegen Fahnenflucht vor ein sowjetisches Gericht gestellt zu werden. Tatsächlich durchliefen sämtliche Repatriierten vor ihrer Rückkehr in sowjetischen Sammelagern eine Kontrolle – „Filtrierung“ – durch den NKVD. Erst nach einem genauen Durchleuchtungsverfahren wurden sie zurück in ihre Herkunftsregionen geschickt. Viele aber bestanden die Kontrollen nicht, sie wurden als „Vaterlandsverräter“ in sowjetische Arbeitslager verschleppt. Von insgesamt 4199488 bis zum März 1946 in die Sowjetunion repatriierten Personen kamen 58 Prozent (2427906) an ihren früheren Wohnort, 801152 (19 %) wurden in die Rote Armee einberufen, der Rest wurde zum übergroßen Teil Arbeitsbataillonen und Spezialkontingenten des NKVD übergeben.²⁶ Der Zwangscharakter der Repatriierungsaktion lag somit weniger im Moment der Rückkehr als vielmehr in der anschließenden Art der Behandlung durch die Behörden in der Sowjetunion.

Weiter erwies es sich, dass die ehemaligen „Ostarbeiter“ in der Stalinschen Gesellschaft keinen Platz mehr finden konnten. Sie waren durch ihren Aufenthalt im Westen stigmatisiert und eine höhere Karriere blieb ihnen verwehrt, weil sie bei jeder Bewerbung ihren Lebenslauf vorlegen mussten, in dem speziell auch nach ihrem Aufenthaltsort während des Krieges gefragt wurde. Oftmals hatten sie wegen ihres Aufenthalts in Deutschland sogar innerhalb ihrer Familien Zurücksetzungen zu erdulden.

Die administrativ begründete Zuwanderung in die Westukraine

Während der Sowjetisierung der Westukraine veränderte sich die Zusammensetzung der dortigen Bevölkerung auch durch den Zuzug von Kadern, die für den Aufbau der sowjetischen Partei- und Verwaltungsstrukturen verantwortlich waren. Bereits in der Zeit der ersten sowjetischen Besetzung zwischen 1939 und 1941 waren durch den Transfer von Parteifunktionären aus den östlichen Gebieten der Sowjetukraine sowjetische Behördenstrukturen errichtet worden. Damals beteiligte Funktionäre wurden auch nach dem Krieg wieder in die Westukraine beordert.

In den Jahren von 1939 bis 1956 hatten von insgesamt 42 Ersten Parteisekretären der westlichen Gebiete mindestens 21 in der Ostukraine Parteierfahrung. Ganze

²⁶ Zahlen nach: *Zemskov*: Repatriacija sovjetskich graždan 6 (vgl. Anm. 7).

Gebiets- und Rayon-Verwaltungen in der Westukraine wurden mit abkommandierten Kommunisten aus dem Osten besetzt. Allein für die Karpato-Ukraine wurden nach dem Krieg 2877 Kader zur Verstärkung der dortigen Parteiorganisation abgestellt.²⁷ Insgesamt wurden bis zum 10. April 1945 aus den östlichen Gebieten der Ukraine 49000 führende Partei- und Verwaltungsmitarbeiter in die westlichen Gebiete transferiert.²⁸ Diese waren eingesetzt als Sekretäre von Gebietskomitees, von Rajon- und Stadtkomitees, als deren Stellvertreter, als Leiter verschiedener Gebietskomitee-Abteilungen, als Sekretäre von Stadt- und Rayonkomitees und deren Angestellte, als Zeitungsredakteure, Komsomolmitarbeiter, Instruktoren, Inspektoren, Referenten, Buchhalter, Lehrer und Ärzte, als Staatsanwälte, Leiter von Banken, Schuldirektoren, als Leiter und Direktoren von staatlichen Betrieben, als NKVD-Leiter und -Sekretäre, Leiter der Propaganda- und weiterer neu entstandener Abteilungen, als Milizionäre sowie in weiteren Funktionen. Der Anteil der lokalen Bevölkerung in öffentlichen Ämtern blieb vorerst niedrig: Noch 1946 stellten in der Westukraine erst 14 Prozent der eingesetzten Arbeiter die örtlichen Kader.²⁹

Die Abordnungen der Kader aus der Ostukraine und aus den östlichen Gebieten der Sowjetunion erfolgten auf Befehl der Partei. Es ist davon auszugehen, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur schwerlich Freiwillige zu finden waren, die sich zur Übersiedlung in die Westukraine bereit fanden. Diese war als Einsatzort berüchtigt, weil hier Parteiangehörige als Repräsentanten des Staatssystems durch die Angriffe der UPA einer nicht zu unterschätzenden Gefahr ausgesetzt waren. In Memoiren heißt es, dass nahezu täglich Begräbnisse von Kommunisten stattfanden.

Auffällig an den Lebensläufen der abgeordneten Funktionäre war, dass sie oftmals noch nicht lange Parteimitglieder waren. Sie hatten also einerseits noch keine einflussreiche Position erreicht, die sie vor einer Versetzung hätte schützen können, andererseits konnten sie sich gegen eine Abordnung in die Westukraine kaum zur Wehr setzen, weil sie sich ihre Verdienste erst noch erwerben mussten. Der einzige Anreiz dafür, in die Westukraine zu gehen, bestand für Parteimitglieder darin, Vorteile für die weitere Laufbahn zu erlangen, und sei es nur dadurch, dass sie sich hier als loyal erwiesen.

Zeitgleich mit dem Aufbau der sowjetischen Behörden und des Parteiapparates wurden in der Westukraine die Kollektivierung der Landwirtschaft sowie die Industrialisierung vorangetrieben. Damit wuchs der Bedarf an technischem Spezial-

²⁷ Zinčenko, Jurij I.: Sovety deputatov trudjaščichsja ukrainskoj SSR v gody Velikoj Otečestvennoj Vojny 1941-1945 [Die Deputierten- und Arbeiterräte der ukrainischen Sowjetrepublik in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges 1941-1945]. Kyiv 1989, 76.

²⁸ Ders.: Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR [Die Tätigkeit der Organe der sowjetischen Regierung auf dem befreiten Territorium der USSR]. In: Koval', Mychajlo V. (Hg.): Obščestvenno-političeskaja žizn' trudjaščichsja Ukrainy v gody Velikoj Otečestvennoj vojny. Sbornik naučnych trudov [Das gesellschaftlich-politische Leben der Werktätigen der Ukraine in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges. Sammelband wissenschaftlicher Arbeiten]. Kyiv 1988, 11-53, hier 18.

²⁹ Bilas, Ivan: Represyvo-karal'na systema v Ukraïni 1917-1953. Suspil'no-polityčnyj ta istoriko-pravovyj analiz. [Das Repressiv-Strafsystem in der Ukraine 1917-1953. Eine sozialpolitische und geschichtlich-juristische Analyse]. 2 Bde. Kyiv 1994, Bd. 1, 166.

personal, das ebenfalls im Osten der Ukraine, aber auch in den übrigen sowjetischen Republiken angeworben wurde, sodass auch in diesem Zusammenhang der Zustrom russischer Arbeiter und Fachkräfte anstieg. In den Jahren von 1944 bis 1949 siedelten sich rund 16000 Facharbeiter, Ingenieure und Techniker aus anderen Sowjetrepubliken allein in L'viv an,³⁰ weitere 9500 Spezialisten wurden zur Durchführung der Kollektivierung in die westukrainischen Gebiete versetzt. Bis Mitte 1946 wurden aus den östlichen Gebieten der Sowjetukraine und aus den anderen Sowjetrepubliken etwa 86000 Partei- und Verwaltungsmitarbeiter sowie Facharbeiter aus Industrie, Landwirtschaft und anderen Bereichen in die Westukraine geschickt.³¹

Beim Einsatz von Kadern aus der Ostukraine wurden die traditionellen Ressentiments zwischen russisch sprechenden Ostukrainern und ukrainisch sprechenden Westukrainern ausgenutzt, die sich gegenseitig als „fremd“, mitunter sogar als „feindlich“ bezeichneten. Ersteren stärkte der von Stalin propagierte großrussische Chauvinismus zusätzlich den Rücken. Die Ankömmlinge, vor allem jene, die auf politische und wirtschaftliche Spitzenpositionen gesetzt wurden, waren daher mit dem Misstrauen der lokalen Bevölkerung konfrontiert, die diese als von außen eindringende Repräsentanten des Regimes wahrnahm.

Dennoch ist nicht von einer „Russifizierung“ der Westukraine in jener Zeit zu sprechen, denn dafür blieb der russische Bevölkerungsanteil zu gering: 1946 kam bei etwa acht Millionen Einwohnern in der Westukraine auf 100 Bewohner ein Zuwanderer. Auch konnte sich in der Westukraine das Russische als Sprache im öffentlichen Leben nicht durchsetzen. Es war sogar eine Ukrainisierung festzustellen: Der Anteil der ukrainischen Bevölkerung der Stadt L'viv von 29,9 Prozent 1943 (62700 Personen) stieg auf 74 Prozent (492 200 Personen) 1979, was auf den erzwungenen Abzug der Polen zurückzuführen ist, die 1943 noch 62,9 Prozent ausgemacht hatten. Gleichzeitig betrug der russische Anteil im Jahr 1979 mit 21,5 Prozent etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung.³²

Die Deportation von Ukrainern aus der Westukraine innerhalb der UdSSR

In seiner so genannten Geheimrede auf dem 20. Parteitag behauptete Nikita Chrusčev bei seiner Abrechnung mit Stalin, dieser habe die Ukrainer als Volk nur

³⁰ Vedenev, Dmytro V. / Lysenko, Oleksandr Je.: *Projavy teroru i teroryzmu v protystojanni radjans'koï vłady ta OUN i UPA v zachidnoukraïns'komu rehioni pisljavojennoï doby* [Erscheinungen von Terror und Terrorismus im Widerstand gegen die sowjetische Regierung sowie die OUN und die UPA in der westukrainischen Region der Nachkriegszeit]. In: Smolij, Valerij A. (Hg.): *Polityčnyj teror i teroryzm v Ukraïni. XIX-XX st. Istoryčni narysy* [Politischer Terror und Terrorismus in der Ukraine. 19.-20. Jh. Geschichtliche Abrisse]. Kyïv 2002, 744-775, hier 744.

³¹ *Istorijska Ukraïna RSR. T. 8. Knyha perša. Ukraïns'ka RSR v period zmicennja socializmu (1945 – 50-i roky)* [Geschichte der Ukrainischen Sowjetrepublik. Bd. 8. Erstes Buch. Die Ukrainische Sowjetrepublik in der Periode der Konsolidierung des Sozialismus (1945 bis zu den 50er Jahren)]. Kyïv 1979, 71.

³² Zahlenangaben nach: *Figol, Atanas / Kubijovyč, Volodymyr / Zhukovsky, Arkadii*: L'viv. In: *Struk, Danylo Husar* (Hg.): *Encyclopedia of Ukraine*. Vol. 1-5. Toronto, Buffalo, London 1984-1993, hier Bd. 3, 217-229, 223. Die Masseneinwanderung von Russen in die Ukraine war erst eine spätere Erscheinung. In den Jahren zwischen 1959 und 1970 kam rund eine Million Russen, von denen sich die Mehrheit im Süden und im Donbas ansiedelte.

aus Platzgründen nicht in ihrer Gesamtheit deportieren lassen. Dass dies aber gar nicht Stalins Absicht war, dokumentieren die groß angelegten Bemühungen, die ukrainischen „Ostarbeiter“ zu repatriieren. Dennoch wurden Ukrainer, die der Mitgliedschaft in der UPA verdächtigt und überführt wurden, entweder exekutiert oder aus der Westukraine in „Sondersiedlungen“ in den Osten der Sowjetunion deportiert. Auch mit diesem Vorgehen dezimierte das Sowjetregime das Potenzial an Regimegegnern im westlichen Grenzgebiet.

Dabei wurden nicht nur die UPA-Kämpfer, ihre Helfershelfer und sonstigen überführten Sympathisanten verurteilt, sondern, wenn das Urteil auf Deportation lautete, auch deren gesamte Familie ins Exil geschickt, einschließlich der nicht volljährigen Kinder.³³ Sippenhaft war nicht nur eine spezielle Form der Bestrafung, sie wurde auch gewählt, um die übrige Bevölkerung besonders effektiv abzuschrecken und um nationalistisch „infizierte“ Kreise möglichst umfassend zu entfernen. Das genaue Ausmaß dieser Deportationen wurde erst durch die nun zugänglichen Archivquellen bestimmbar. Die ersten Deportationen von Hunderten von Familien begannen bereits 1944. Die Zahl der als UPA-Angehörige deportierten OUN-Sondersiedler lautete für das Jahr 1953: 175 063 Personen (bei einer Gesamtzahl von 2753 356 Sondersiedlern zu diesem Zeitpunkt).³⁴ Die meisten der auf diese Weise aus der Westukraine Deportierten waren Frauen: Von den im Oktober 1946 registrierten 29 351 „OUN-Helfern“ in der Verbannung waren nur 5 526 Männer, 14 069 waren Frauen und 9 756 Kinder unter 16 Jahren.³⁵ Dies spiegelt den Zustand einer Gesellschaft im Krieg bzw. kurz nach einem Krieg wider, da sich die Männer entweder noch in einer militärischen Formation befanden oder gefallen waren.

Soziale Folgen der ethnischen Veränderungen

Die Folgen der Zwangsmigrationen in der Westukraine waren weitreichend. Sie unterstützten die Veränderung der politischen Strukturen und schufen die Voraussetzungen für die Konstruktion einer sowjetischen Gesellschaft, wie sie von Stalin intendiert war. Dem ethnischen Faktor wurde dabei eine nicht geringe Bedeutung zugeschrieben: Bei den Nicht-Slawen schien das Widerstandspotenzial gegen den Staat höher zu sein als bei den Slawen, unter diesen wiederum bei den Polen höher als bei den Ukrainern. Störende und potenziell störende Elemente wurden daher entwurzelt und entweder zur Zwangsarbeit innerhalb der Sowjetunion deportiert oder des Landes verwiesen. Eine kleinere Anzahl von Angehörigen der zwangsverschickten Völker konnte jedoch vor Ort verbleiben, wenn sie sich staatsloyal verhielt und ihre Anwesenheit als sinnvoll und produktiv für den sowjetischen Staats-

³³ Eine Instruktion zur Durchführung der Deportation der Familien der UPA-Kämpfer in: *Bilas: Represywno-karal'na systema v Ukraïni*. Bd. 2, 502-506 (vgl. Anm. 29).

³⁴ Zahlen nach *Zemskov: Zaključennye, specposelency, syl'nposelency, syl'nye i vyslannye* 155 (vgl. Anm. 7).

³⁵ Insgesamt wurden zu diesem Zeitpunkt 2463 940 Personen in den Sondersiedlungen registriert, darunter die Mehrheit Kinder bis 16 Jahre (979 182), 829 084 waren Frauen, 655 674 Männer; vgl. *Alieva, Svetlana* (Hg.): *Tak éto bylo. Nacional'nye repressii v SSSR, 1919-1952 gody. V 3-ch tomach.* [So ist es gewesen. Nationale Repressionen in der UdSSR 1919-1952. In 3 Bänden]. Moskva 1993, Bd. 1, 293.

aufbau betrachtet wurde. Der Widerspruch, dass eine Gruppe kollektiv als „sowjetfeindlich“ verurteilt und behandelt wurde, während auf individueller Ebene anders verfahren wurde, fand sich im stalinistischen System nicht selten; damit war die Westukraine nach dem Zweiten Weltkrieg kein Sonderfall.

Durch das massive Abströmen von Bevölkerungsteilen veränderten sich die ethnischen Profile einzelner Regionen in der Westukraine – in dieser Hinsicht korrespondierten die Ziele der ukrainischen nationalistischen Bewegung und jene des sowjetischen Regimes durchaus: Die Bukowina verlor mit den abgeschobenen und deportierten Juden und Rumänen auf Dauer einen charakteristischen Teil ihrer Bevölkerung, L'viv war nach dem Weggang der polnischen Bewohner keine polnisch geprägte Stadt mehr. Das ukrainische Element jedoch ging aus diesen Migrationen gestärkt hervor und der Anteil der Ukrainer an der Bevölkerung stieg automatisch, auch durch die Repatriierung der ehemaligen „Ostarbeiter“.

Probleme, die vom Regime nicht erwartet worden waren, ergaben sich allerdings bei der Integration der aus Polen eingewanderten Ukrainer. Ein Teil von ihnen wurde nicht in der westukrainischen Region, sondern – auch um sie fern von ihrer Heimat zu halten – im Süden und Osten des Landes angesiedelt. Mit dem neuen Umfeld hier – Kolchosbetriebe, kein freies Wirtschaften, dazu ein unfreundlicher Empfang durch die Kolchosbauern, die den Eintreffenden Wohnraum und anderes zur Verfügung stellen mussten – waren viele nicht zufrieden. Eine schleichende Rückwanderungsbewegung nach Polen war die Folge, die von den sowjetischen Behörden trotz strenger Kontrolle nicht verhindert werden konnte.³⁶ Auch das zeigt, dass die Zwangsmigrationen in der Ukraine keine exklusiv staatlich bestimmte Aktion darstellten.

Indes stellte sich mit der administrativen Abordnung russischsprachiger Funktionäre ein gewisser Erfolg für die Schaffung der stalinistischen bzw. sowjetischen Zivilisation ein. Während in der Westukraine anfangs die Partei- und Funktionärs-ebene russisch geprägt war, weil man zunächst kaum einheimische Kräfte fand, die sich in den sowjetischen Dienst stellen wollten, verschob sich diese Tendenz allmählich, und immer mehr Ukrainer aus der örtlichen Bevölkerung wurden in Partei- und Verwaltungsämter übernommen. Mit der Zeit spaltete die kommunistische Herrschaft die Ukrainer in der Westukraine immer stärker: Zwar wurde sie noch immer von vielen abgelehnt, aber die Zahl jener, die bereit waren, sich zu arrangieren, wuchs mit den Jahren. Schließlich wurden auch Ukrainer aus der Westukraine zu Stützen des Regimes, das nationalistische Ukrainer deportieren ließ.

Die Polarisierung der Bevölkerung in der Westukraine, entstanden durch die Kollaboration mit dem sowjetischen System bzw. durch den – offenen oder verdeckten – Widerstand dagegen, beförderte auf lange Sicht hin das Ende der kommunistischen Herrschaft. Es entwickelte sich in der Westukraine nämlich im Untergrund eine Gegengesellschaft zum sowjetischen Modell, die sich auf national-ukrainische Forderungen und auf allgemeine Menschen- und Bürgerrechte berief. Als sich Ende der 1980er Jahre eine bürgerliche Opposition zu Wort meldete und den Sturz des

³⁶ Vgl. Snyder, Timothy: *The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569-1999*. New Haven, London 2002, 189 f.

Regimes in Kiew unterstützte, kamen viele ihrer Exponenten aus der Westukraine. So richteten sich die sowjetischen Zwangsmaßnahmen jeder Art in der Gesamtschau gegen das Regime selbst. Der zivilisatorische Effekt der Zwangsmigrationen und weiterer Maßnahmen, die darauf abzielten, eine neue sowjetische bzw. eine stalinistische Gesellschaft zu errichten, ging daher in ihrer Zeit kaum über oberflächliche Erfolge hinaus.